



Stephan Weil, Vorsitzender der SPD-Niedersachsen,
Rede auf dem Landesparteitag SPD in Braunschweig am
09.04.2016

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

ich begrüße Euch alle sehr herzlich auf unserem Landesparteitag in Braunschweig.

Braunschweig ist ein gutes Pflaster für unseren Parteitag. Die Braunschweiger SPD hat eine große Tradition, im letzten Jahr **haben wir** hier 150 Jahre Sozialdemokratie gefeiert. Ohne die SPD ist die Entwicklung dieser ganzen Region gar nicht denkbar, sie hat viele Jahrzehnte lang die politische Verantwortung getragen. Und die Braunschweiger SPD steht noch für etwas anderes: Nach einer Verschnaufpause ist sie nämlich wieder zur alter Stärke zurückgekehrt und heute wieder unbestritten die politisch dominierende Kraft in Ost-Niedersachsen. Dafür einen herzlichen Glückwunsch an den SPD-Bezirk Braunschweig und an Hubi Heil. Für dieses Combeback stehen vor allem auch zwei Namen, die Oberbürgermeister von Braunschweig und von Wolfsburg, Ulrich Markurth und Klaus Mohrs. Ihr prägt heute gemeinsam mit vielen anderen das Bild der modernen SPD in der Region Braunschweig. Herzlichen Dank für Eure Arbeit!

Anrede,

mit dieser Entwicklung steht die Region Braunschweig auch ein wenig als Beispiel für das, was wir im Land Niedersachsen erlebt haben. Auch die niedersächsische SPD hat seit der Entstehung unseres Landes immer wieder Verantwortung getragen. Aber auch die niedersächsische SPD hat 10 Jahre lang die Oppositionsbänke gedrückt. So lange ist das noch nicht her.

Seit **2013 tragen** wir wieder die politische Verantwortung und **bilden zusammen** mit Bündnis 90/die Grünen eine stabile Landesregierung.

Was **hatte** es nicht alles für Unkenrufe gegeben damals, ob das denn überhaupt gutgehen könnte mit einer so knappen Mehrheit. Nun, einmal im Monat beweisen wir im Landtag, dass es gutgeht. Die Basis dafür ist eine sehr geschlossen auftretende SPD-Landtagsfraktion unter der Führung von Hanne Modder. Hanne, Du machst das richtig gut!

Den besten Beweis dafür liefern übrigens die politischen Wettbewerber, vor allem die CDU. Bei denen handelt es sich um ganz heiße Anwärter auf den Rolf-Rüssmann-Gedächtnispokal. Möglicherweise sagt Rolf Rüssmann nicht allen von Euch etwas. Er war in den 70er und 80er Jahren Vorstopper, in seiner besten Zeit bei Schalke 04 und ein Vertreter der – sagen wir – rustikalen Spielkultur. Von Rolf Rüssmann stammt vor einem schweren Auswärtsspiel der schöne Satz: „Wenn wir hier schon nicht gewinnen, treten wir ihnen wenigstens den Rasen kaputt.“ Davon lässt sich die CDU in jeder Landtagssitzung wieder inspirieren und veranstaltet regelmäßig politische Kneipenschlägereien im Landtag. Wenn ich in die Gesichter von Besuchern sehe, wird mir dann immer ganz anders.

Aber: Bei uns in Niedersachsen kommt so etwas nicht an. Und da sind wir wieder bei Rolf Rüssmann – die Schwarzen werden verlieren, da bin ich sicher.

Warum auch? Wir können miteinander voller Selbstbewusstsein feststellen: Rot/Grün tut Niedersachsen gut, Niedersachsen kommt voran!

Wir sind die Partei der Bildung. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. Das war nicht nur ein dringend notwendiger Akt für die Bildungsgerechtigkeit, das ist vor allem auch eine aktive

Politik für ein junges Niedersachsen. Niedersachsen liegt seitdem mit an der Spitze unter allen Bundesländern, wenn es um den Zuwachs bei Studienanfängern geht. So soll es gerne weiter gehen.

Wir kümmern uns auch um die Kleinen. In den Krippengruppen gibt es eine 3. Kraft – das ist unser Erfolg!

Wir haben wieder 9 Jahre Zeit für das Gymnasium durchgesetzt und damit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern den Stress genommen. Das ist keine Politik gegen das Gymnasium, wir haben dem Gymnasium in Niedersachsen überhaupt wieder eine Perspektive gegeben!

Wir bringen die duale Ausbildung voran. In Niedersachsen sollen alle jungen Leute nach der Schule wissen, wie es weitergeht.

Worauf wir besonders stolz sein können: Niedersachsen wird Ganztagschulland, mit jedem Schuljahr mehr. Es sind heute schon mehr als 60 % aller Schulen, die unter guten Bedingungen Ganztagsangebote machen. Das ist ein ganz großer Schritt für Bildungsgerechtigkeit und für Familienfreundlichkeit, damit sind wir in der Spitzengruppe unter den Bundesländern. Die Ganztagschule ist ein sozialdemokratisches Leitprojekt, so sieht unsere Bildungspolitik aus!

Alles in allem ist es schon eine sehr ansehnliche Zwischenbilanz, die Frauke Heiligenstadt als Kultusministerin ziehen kann. Herzlichen Dank für Deine Arbeit!

Niedersachsen ist das Land der Arbeit! So viele Menschen wie zurzeit haben noch niemals einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in unserem Land gehabt, es sind fast 4 Millionen Erwerbstätige. Alleine im letzten Jahr sind sage und schreibe 76.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Und umgekehrt ist die Arbeitslosigkeit, die so viele Jahre lange das größte Problem in unserem Land gewesen ist, so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Was hat das mit Politik zu tun? erinnert Ihr Euch noch, vor etwa einem Jahr um diese Zeit gab es eine lebhafte Diskussion um den eben erst eingeführten Mindestlohn. Viele sehr gelehrte Menschen haben den massenhaften Wegfall von Arbeitsplätzen vorhergesagt. Gekommen ist es wieder einmal genau umgekehrt:

Durch den Mindestlohn sind Arbeitsplätze geschaffen worden, durch den Mindestlohn haben Millionen von Menschen mehr Geld in der Tasche, durch den Mindestlohn ist unsere Wirtschaft angekurbelt worden.

Das ist das Ergebnis unserer geduldigen Arbeit gegen alle Widerstände – das ist unser Erfolg!

Eine soziale Politik und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze, und es gibt wohl keinen Wirtschaftsminister in Deutschland, der das so stark betont wie Olaf Lies. Der Erfolg gibt dir recht, Olaf!

In Niedersachsen ist die Wirtschaft jedenfalls auch im letzten Jahr überdurchschnittlich um 2,1 % gewachsen. Kurz gesagt: Die Wirtschaft ist bei der SPD in guten Händen!

Niedersachsen ist das Land des Zusammenhalts. Immer wieder ist mir in den vergangenen Jahren bei meinen Touren kreuz und quer durch die norddeutsche Tiefebene aufgefallen, wie groß das Engagement von unzähligen Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen ist. Es gibt dafür immer wieder Beispiele, die mir wirklich unter die Haut gehen. Das war schon vorher eine der besonderen Stärken unseres Landes, aber seit etwa einem halben Jahr wissen wir noch viel mehr, was wir daran haben.

Es ist eben keine einmalige Welle der Hilfsbereitschaft gewesen, die wir im Herbst in Niedersachsen erlebt haben, als viele tausende Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Niemand kennt die genaue Zahl, aber wenn ich mich in den einzelnen Gemeinden nach der Zahl der Flüchtlinge einerseits und der Helferinnen und Helfer andererseits erkundige, höre ich oft eine Relation eins zu eins oder ein zu zwei oder ein zu drei. Es sind zehntausende Niedersächsinen und Niedersachsen, die anpacken, ganz egal ob in den Hilfsorganisationen oder spontan in privaten Initiativen. Diese Menschen sind die besten Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes, solche Menschen bilden ein starkes Gemeinwesen und sind bereit, Flüchtlingen in Not eine neue Heimat zu geben – und das geschieht überall in Niedersachsen. Diesen Bürgerinnen und Bürgern fühlen wir uns tief verbunden, ihr Engagement unterstützen wir, so gut wir nur können!

Anrede,

Land der Bildung, Land der Arbeit, Land des Zusammenhalts – ich habe nicht ohne Grund diese Schwerpunkte gesetzt. Gute Bildung für alle – gute Arbeit für alle – ein starkes Gemeinwesen und Zusammenhalt für alle – das ist unser Bild für Niedersachsen. Für ein solches Niedersachsen arbeiten wir und wir haben dabei ungeheuer viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der ganzen Gesellschaft!

Anrede,

das war ja nur eine kleine Auswahl, die wir gerne erweitern können. Die SPD tut Niedersachsen gut, unser Land ist stark und selbstbewusst. Das ist die beste Grundlage, um Herausforderungen anzugehen.

Und in der Tat stehen wir vor einigen Herausforderungen, die wir sehr ernst nehmen müssen.

Bei Volkswagen stehen in diesen Wochen wichtige Entscheidungen an. Ich muss niemanden hier erklären, was für eine **enorme** Bedeutung Volkswagen für Niedersachsen hat. Viele tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien haben durch Volkswagen direkt oder indirekt Arbeit und Auskommen. Das sind Menschen, die jeden Tag gute Arbeit abliefern. „Dieselgate“, diese unbegreifliche Manipulation von Abgaswerten über viele Jahre hinweg, betrifft viele Tausende Kunden in aller Welt. Aber auch die Beschäftigten sind Opfer dieser Machenschaften.

Und auch und insbesondere für diese Menschen arbeiten Olaf Lies und ich gemeinsam mit der IG Metall und dem Betriebsrat intensiv daran, die Krise zu bewältigen.

Olaf und ich sind uns dabei unserer Verantwortung sehr bewusst. Es geht eben nicht nur um Schadensbewältigung. Es geht auch um Moral: Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Gegen diesen Grundsatz ist grob verstoßen worden und nun muss sich das Unternehmen seiner Verantwortung stellen.

Die Vertreter des Landes Niedersachsen bei Volkswagen sind Sozialdemokraten und daraus folgt für uns eine klare

Aufgabenstellung: Wir tun alles für eine schnelle, gründliche und lückenlose Aufarbeitung und Aufklärung von Dieselgate, wir tun alles dafür, dass der Konzern zukünftig ehrlich und umweltbewusst handelt, wir tun alles gegen die Verunsicherung der Beschäftigten, wir tun alles für zukunftsfähige Arbeitsplätze bei Volkswagen. Kurz gesagt: Wir tun alles für eine umfassende Neuausrichtung und ein erfolgreiches Comeback von Volkswagen als Vorzeigeunternehmen nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Das ist unsere Grundlage, diesen Grundsätzen fühlen wir uns verpflichtet.

Und um auch eines klipp und klar zu sagen: Eine starke Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft und ein starkes Engagement des Landes sind nicht etwa Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Diese Errungenschaften werden wir verteidigen und wir wissen uns dabei einig mit der überwältigten Mehrheit in Niedersachsen.

Volkswagen ist ein besonders gutes Stück Niedersachsen. Die niedersächsische SPD steht zu diesem Unternehmen und zu seinen Beschäftigten!

Anrede,

das sind harte Zeiten für Volkswagen und die Beschäftigten, aber ich bin guten Mutes, dass VW bald wieder durchstarten kann. Bei einer anderen Aufgabe müssen wir uns auf einen noch deutlich längeren Weg einstellen.

Unsere Eltern und Großeltern hatten in ihrem Leben große Veränderungen zu bewältigen – Kriege zum Beispiel oder politische Systemwechsel. Das ist uns zum Glück erspart geblieben, wir leben in Frieden, in Freiheit und in Wohlstand. Dafür können wir tief dankbar sein und manchmal im Vergleich mit dem Leben in vielen anderen Teilen der Welt auch ein bisschen bescheiden.

Dafür finden aber in unserer Generation fundamentale Änderungen statt, die nicht weniger als eine Kulturrevolution und immer mehr auch eine wirtschaftliche Revolution sind. Dafür stehen zwei Begriffe: Digitalisierung und Globalisierung.

Für ein Kind des analogen Zeitalters wie mich ist es immer wieder atemberaubend, wie die elektronischen Medien unser Leben verändert haben und mit welcher Geschwindigkeit dieser Prozess weitergeht. Das betrifft die weltweite Kommunikation, das betrifft aber immer mehr auch die Wirtschaft. In wenigen Tagen wird in Hannover die Industriemesse eröffnet. Und auch dort geht es fast nur noch um Daten, Daten und Daten. Ganz neue Geschäftsmodelle, ganz neue Akteure und übrigens auch ganz neue Arbeitsbedingungen werden die Zukunft bestimmen.

Das ist ein großes Thema für die Wirtschaft und die Gewerkschaften, aber auch für die SPD. Auch wenn wir viel mit Wahlkämpfen zu tun haben werden, schlage ich Euch vor, zum Thema „Arbeit 4.0“ im nächsten Jahr einen Kongress der niedersächsischen SPD durchzuführen.

Die Digitalisierung beschleunigt gleichzeitig enorm die Globalisierung. Es gibt tatsächlich in immer mehr Bereichen nur noch einen weltweiten Markt für Güter, für das Kapital und auch für Arbeit. Die Welt ist zusammengewachsen und das bringt viele Annehmlichkeiten mit sich. Aber auch das Gegenteil: Wir haben zu tun mit weltweitem Lohndumping, mit international organisiertem Steuerbetrug, mit einer Konzentration von wirtschaftlicher Macht über alle Kontinente hinweg. Und es gibt inzwischen einen weltweiten Terror, der seine widerliche Fratze auf die gleiche Weise in Brüssel, Paris, Ankara und Lahore zeigt.

Wir haben auch weltweite Fluchtbewegungen unter den Bedingungen der digitalen Revolution. Fast jeder Flüchtling, der sich aus Afrika oder dem mittleren Osten nach Deutschland durchschlägt, hat ein Smartphone, kann sich auf seiner Flucht orientieren und informiert seine Leute zuhause über die Situation in unserem Land.

Was machen all diese grundlegenden Änderungen mit uns, mit den Menschen in Deutschland und in Niedersachsen? Sie betreffen jeden und jede von uns. Ich behaupte, es gibt niemanden, der nicht auf die eine oder andere Weise die Vorzüge dieser Entwicklung genießt, es gibt aber auch niemanden, der damit nicht Ängste und Sorgen verbindet.

Diese Sorgen können sich in ganz und gar unterschiedlicher Art und Weise ausdrücken. Die Gegner von TTIP fürchten einen globalen, vor allem US-amerikanischen Kapitalismus, der alles

andere platt macht. Die Wählerinnen und Wähler der AfD sehnen sich bewusst oder unbewusst nach klaren, überschaubaren Verhältnissen, von denen sie meinen, es hätte sie früher gegeben. Beide Bewegungen gehen in eine ganz und gar unterschiedliche Richtung, aber sie sind auf Ihre Weise beide eine Reflex auf dieselbe Frage: Was wird bei alledem aus mir und meiner Familie?

Anrede,

diese Frage ist die eigentliche Herausforderung für die SPD und die gesamte Politik, von Ihrer Beantwortung hängen auch maßgeblich künftige Erfolge oder Misserfolge bei Wahlen ab.

Ich empfinde es als einen großen Vorteil, dass die SPD auf der Grundlage ihrer langen und stolzen Geschichte dazu eine eigene Haltung hat. Diese Haltung ist für mich aktueller denn je und heißt: Wir stehen für einen starken und gerechten Staat, wir arbeiten für eine starke Gemeinschaft, wir sind für Offenheit und internationale Zusammenarbeit.

Mit einem starken Staat meine ich sicher nicht dasselbe wie etwa der Herr Bundesinnenminister. Ein starker Staat braucht nicht in erster Linie starke Worte oder ständig neue Gesetze, mit denen man Flüchtlingen das Leben möglichst schwer machen kann. Ein starker Staat macht seine Hausaufgaben und sorgt zum Beispiel für ein schnelles Asylverfahren und für lückenlose Registrierung von Flüchtlingen. Ein starker Staat beweist seine Handlungsfähigkeit, natürlich bei der inneren Sicherheit, aber auch beim Wohnungsbau und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Ein starker Staat investiert in die Zukunft, in Bildung und in Zukunftstechnologien. Und ein starker Staat verteidigt selbstbewusst seine Grundlagen. Er bekämpft Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit mit aller Konsequenz. Das ist unser starker Staat, liebe Genossinnen und Genossen.

Anrede,

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ein starker Staat weiß Gott nicht alles, sondern er dient einer starken Gemeinschaft. Unsere Verbündeten sind diejenigen Menschen,

die sich für unser Gemeinwesen einsetzen – in den Kirchen, den Wohlfahrtsorganisationen, in den Selbsthilfegruppen oder wo auch immer. Allen diesen Menschen bieten wir unsere Zusammenarbeit an, wir fühlen uns ihnen verbunden. Wir wollen eine Gemeinschaft, die sich kümmert, wo Menschen für andere Menschen Verantwortung übernehmen.

Auf der Landesebene haben wir dafür mit dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ ein besonders gutes Beispiel. Fast ganz Niedersachsen, soweit es in Verbänden und Organisationen zusammengefasst ist, ist Teil dieses Bündnisses. Bei aller Vielfalt gibt es einen gemeinsamen Kern: Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft verteidigen, wir wollen das ehrenamtliche Engagement vor allem in der Flüchtlingshilfe stärken und zusammen Integrationskonzepte schmieden – Staat und Gesellschaft gemeinsam. Genau so stelle ich mir die Zusammenarbeit in Niedersachsen vor.

Anrede,

ein starker Staat, ein starkes Gemeinwesen - das sind zwei Kernelemente unserer politischen Haltung, aber das ist nicht alles. Von Anfang an hat die SPD sich gegen jede Deutschtümelei gewandt, von Anfang an waren wir eine Partei des Internationalismus und des Friedens. Das ist Teil unserer Erbmasse!

Ich bin in den letzten Monaten immer wieder an Helmut Schmidt erinnert worden und seine große Rede auf dem Berliner Parteitag im Dezember 2011. Diejenigen von Euch, die dabei gewesen sind, werden diese Rede ebenso wenig vergessen haben wie ich. Da hat ein alter Mann nicht nur gegen Ende seines langen Lebens seinen Frieden mit seiner Partei gemacht, er hat uns auch sein politisches Vermächtnis hinterlassen. Und dieses Vermächtnis heißt: Deutschland braucht Europa, Europa braucht Deutschland. Ohne die europäische Zusammenarbeit geht es Europa und geht es Deutschland schlecht.

In den vergangenen Monaten sind wir darauf mit der Nase gestoßen worden. Es war ein schwerer Fehler, jahrelang den anderen EU-Partnern in erster Linie mit dem deutschen Zeigefinger zu begegnen. Und es zeugt von unglaublicher Ignoranz, wenn Herr Kauder ungestraft Sätze sagen konnte wie:

„Jetzt wird in Europa wieder deutsch gesprochen“. Es war ein Fehler, dass auch Deutschland Griechenland und Italien genau die Solidarität in Sachen Flüchtlinge verweigert hat, die wir dann seit dem vergangenen September von den anderen EU-Partnern eingefordert haben.

Für uns ist die europäische Einigung nicht verhandelbar, Europa ist für uns mehr als eine Freihandelszone, es handelt sich um ein gigantisches Projekt für Frieden, Freiheit und Solidarität. Dafür müssen wir mit allem Nachdruck kämpfen.

Anrede,

was heißt das nun konkret, zum Beispiel für das mit Abstand wichtigste Thema unserer Innenpolitik. Die Flüchtlingskrise hat in unserer Gesellschaft polarisiert, das haben die letzten Landtagswahlen mehr als deutlich gezeigt. Jetzt muss es darum gehen, „die Besorgten und die Begeisterten“, wie es Bundespräsident Joachim Gauck formuliert hat, zusammenzubringen.

Eine Lösung der Probleme ist letzten Endes nicht national, sondern nur international denkbar. Dabei denke ich vor allem an die Bekämpfung der Fluchtursachen – ein Thema, das mir nach wie vor viel zu kurz kommt. Ich wünsche mir, dass sich die Bundes-SPD vehement dafür einsetzt, das deutsche Engagement für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu steigern. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, das ist doch wohl die erste Schlussfolgerung, die wir aus den Erfahrungen der letzten Monate ziehen müssen!

Und auch das Land wird sein Engagement steigern. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir ganz konkret die Zusammenarbeit mit einem Flüchtlingslager im Mittleren Osten suchen, um die Verhältnisse dort praktisch zu verbessern.

Wir müssen Menschen in Not auch weiter bei uns in Deutschland helfen. Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, da erleben wir einen klammheimlichen Kurswechsel der Bundeskanzlerin. Erst war sie bereit, letztlich fast alle Menschen aufzunehmen, die nach Europa wollten. Dann haben Österreich und die Balkanstaaten die Grenzen dicht gemacht und Griechenland zynisch zum europäischen Stauraum erklärt. Deswegen gehen

die Zugangszahlen bei uns deutlich zurück, aber die Probleme bleiben doch trotzdem! Und in beiden Fällen handelt es sich gerade nicht um ein Konzept einer **gesteuerten** und vermittelbaren Zuwanderung. Genau dafür brauchen wir endlich ein Zuwanderungsgesetz!

Deutschland und auch Niedersachsen werden auch in den nächsten Jahren Zuwanderung benötigen, das ergibt sich schon aus der Alterung unserer Gesellschaft. Wir helfen uns und den Menschen in Not, wenn wir Menschen über Kontingente aus den Flüchtlingslagern im Mittleren und Nahen Osten aufnehmen. Das muss die Grundlage für eine aktive Integrationspolitik sein. Ich bin überzeugt: Eine Zuwanderungspolitik, die sich durch Mitgefühl für Menschen in Not und durch Realismus auszeichnet, die auch die gegenwärtigen und künftigen Bedingungen in unserer Gesellschaft einbezieht - eine solche Zuwanderungspolitik wird auch Unterstützung in unserer Bevölkerung finden.

Und damit bin ich bei der größten Herausforderung der nächsten beiden Jahre und darüber hinaus: Gelingen oder Misslingen der Integration wird auch über Erfolg oder Misserfolg unserer Gesellschaft in der Zukunft entscheiden. Genau an dieser Stelle stiehlt sich die Union aus ihrer Verantwortung. Wider besseres Wissen tut sie so, als ob diese Aufgabe schon durch sogenannte Rückführungen lösbar wäre, als ob man die Flüchtlinge nur genug mit Einschränkungen belegen müsste, um das Problem zu lösen. Die Wahrheit ist genau andersherum: Die allermeisten derjenigen Menschen, die zu uns gekommen sind, werden auch bei uns bleiben. Sie werden unsere Nachbarn werden und es ist in unserem ureigensten Interesse, dass es eine gute Nachbarschaft wird.

Wir haben damit alles in allem auch guten Erfahrungen. In Niedersachsen gibt es unzählige Beispiele, wie aus Zuwanderern Norddeutsche geworden sind. Dazu zählen auch die vielen, vielen Muslime, die Teil unseres Gemeinwesens sind. Verdachtsunabhängige Moscheekontrollen gehören zum Glück der Vergangenheit an. Nun wollen wir den nächsten Schritt gehen und mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften in Niedersachsen eine Vereinbarung über unsere Zusammenarbeit treffen. Das ist bekanntlich ein sehr diskutiertes Vorhaben – auch in unseren eigenen Reihen. Wir arbeiten an einer breiten Mehrheit im Landtag. Damit eine solche Vereinbarung der

Integration dient, braucht es mehr als eine Stimme Mehrheit. Das kann dann gelingen, wenn sich alle Beteiligten an dem klugen Rat der beiden großen christlichen Kirchen orientieren, die unser Vorhaben sehr konstruktiv begleiten. Ich jedenfalls bin dazu gerne bereit.

Integration ist nicht leicht, das wissen wir. Aber wenn sie gelingt, ist unsere Gesellschaft in zehn Jahren stärker als heute. Während die CDU in Berlin noch auf der Bremse steht, haben wir in Niedersachsen die Maßnahmen für Bildung, für Sprachförderung und für Arbeitsmarktintegration enorm ausgeweitet. Übrigens: Mehr Geld auszugeben, ist nicht die Lieblingsbeschäftigung von Finanzministern. Mittel für notwendige Aufgaben bereitzustellen und gleichzeitig den Haushalt auf Konsolidierungskurs zu halten, ist schon ein Kunststück. Unser Finanzminister kann das, es ist eben nicht in erster Linie Kassenwart, sondern ein kluger und umsichtiger Finanzpolitiker. Gut, dass wir Dich haben, Peter-Jürgen Schneider!

Wir verbinden Integration der Flüchtlinge mit Sicherheit für die Mehrheitsgesellschaft. Damit meine ich auch bewusst innere Sicherheit – Niedersachsen ist bei Boris Pistorius und der niedersächsischen Polizei in sehr, sehr guten Händen. Auf diese Polizei können wir stolz sein, das merke ich immer. Ich habe nicht selten Kontakt mit Polizeibeamtinnen und -beamten, zuletzt beim Besuch der „Soko Kardio“ in Oldenburg. Dort gehen die Beamtinnen und Beamten einer extrem schweren Aufgabe nach. Sie wollen eine grauenvolle Mordserie aufklären, sie müssen Dutzende von Gräber öffnen und Angehörigengespräche führen. Diese Arbeit steht stellvertretend für die Arbeit der niedersächsischen Polizei. Diese wollen wir unterstützen, so gut wir nur können.

Boris Pistorius verkörpert, wie ich finde, eine sehr moderne Innenpolitik – er verbindet ein festes Auftreten mit differenzierten Antworten und mit Tatkraft. Auch seiner Arbeit ist es zu verdanken, dass wir die Aufgabe gepackt haben, so viele Flüchtlinge aufzunehmen.

Unsere Landesregierung arbeitet an vielen Stellen engagiert für Integration: Wir kurbeln den Wohnungsbau in Niedersachsen an. Cornelia Rundt ist es gelungen, nahezu eine halbe Milliarde Euro für öffentlich geförderten Wohnungsbau zu mobilisieren – das ist eine herausragende Leistung, für die ich mich herzlich

bedanke. Sie und ihr Ministerium unterstützen auch in vorbildlicher Weise die vielen Ehrenamtlichen die uns bei der Aufnahme und jetzt bei der Integration der Flüchtlinge geholfen haben und - Gott sei Dank - auch weiter helfen.

Ob Integration letztlich gelingt oder nicht, entscheidet sich nicht auf der Landesebene, sondern in den Kommunen. Dessen bin ich mir sehr bewusst. Deswegen unterstützen wir die niedersächsischen Kommunen mit allem Nachdruck, dass sie ihre Aufgaben tatsächlich auch erfüllen können. Ich habe mich sehr gefreut zu hören, dass unsere Kommunen auch im Jahr 2015 im Durchschnitt wieder deutliche Überschüsse erzielt haben. Das ändert aber nichts daran, dass die Aufnahme und die Integration der vielen tausend Neu-Niedersachsen die Kreise, Städte und Gemeinden sehr fordern.

Und um eines hinzuzufügen: Wir dürfen nicht zulassen, dass kommunale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger mit der Begründung gestrichen werden, die Mittel seien nun einmal für die Flüchtlinge nötig. Das wäre wirklich Gift für den sozialen Frieden. Dazu darf es nicht kommen, und ich sichere der kommunalen Familie in dieser Hinsicht ausdrücklich die Unterstützung des Landes zu, so gut wir irgend können.

Anrede,

auch an dieser Stelle wird aber deutlich – ohne den Bund wird es nicht gehen. Man kann nicht ernstlich glauben, eine Million Menschen innerhalb weniger Monate könnten mehr oder weniger nur von den Kommunen und den Ländern integriert werden. Aber auch der Bund, die Bundesregierung, die Bundeskanzlerin stehen in der Pflicht, sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Bundes-SPD für ihre bisherigen Aktivitäten. Den Genossinnen und Genossen in Berlin müssen wir die Dringlichkeit des Anliegens nicht erklären. Dass in dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2017 mehr Mittel für Wohnungsbau, KITAS und Arbeitsmarktintegration vorgesehen sind, ist ein großer Erfolg unserer Partei. Ein herzliches Dankeschön an Dich, Sigmar.

Das wird aber nicht reichen. Es geht um viel Geld, aber nicht nur um Geld. Derzeit trägt der Bund etwa $\frac{1}{4}$ aller Kosten im

Zusammenhang mit der Flüchtlingsnot. Das ist viel zu wenig. Vor allem müssen jetzt die Kommunen nachhaltig unterstützt werden. Eine klare Erwartung an die Bundespolitik ist es vor allem, den Bundesanteil bei den Kosten der Unterkunft deutlich zu erhöhen und damit den Kommunen zu helfen. Die Kommunen haben eine entscheidende Aufgabe bei der Integration, sie müssen sie auch erfüllen können!

Aber es geht nicht nur um Geld. Wir brauchen eine Integrationspolitik aus einem Guss. Wir brauchen Förderketten, die von Anfang an die Sprachförderung und die Integration in den Arbeitsmarkt aufeinander abstimmen. Wir brauchen gemeinsame Konzepte anstelle von Schubladendenken, **Pragmatismus statt Prinzipienreiterei**. Wir brauchen die Einsicht, dass Integration eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Im Grundgesetz, vor allem aber auch in der Praxis.

Dafür müssen wir uns anstrengen: Die SPD im Bund, die SPD im Land und die SPD in den Kommunen! Wir sind Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt und um nicht weniger geht es jetzt bei der Integration der Flüchtlinge. Dafür wollen wir uns anstrengen. Wenn die Bundeseite dazu bereit ist, sind wir in Niedersachsen sehr gerne der Ort für zukunftsweisende Modellvorhaben für Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration aus einem Guss. Gute Ideen haben wir einige!

Anrede,

„Solidarität und Sicherheit“ heißt der Leitantrag zu diesen Themen. Solidarität und Sicherheit – das bringt es auf den Punkt. Solidarität mit Menschen in Not, Sicherheit für alle Menschen in unserer Gesellschaft – das sind unsere Leitplanken!

Anrede,

und dann ist da noch etwas. Wir alle spüren doch, dass sich in den letzten Monaten die Koordinaten verschoben haben – und nicht in die richtige Richtung. Die Ergebnisse bei den Landtagswahlen vor vier Wochen stecken uns noch in den **Knochen**. Das liegt nicht nur an **den Ergebnissen** der SPD, die wir uns zum Teil eingefangen haben.

Die satten Stimmanteile der AfD sind natürlich auch ein Tritt in das Hinterteil der etablierten Parteien. Noch nicht einmal die AfD-Wähler trauen doch dieser Partei eine Lösung von Problemen zu. Die AfD im Osten hat deutliche rechtsextremistische Tendenzen. Auch die AfD im Westen setzt auf Ausgrenzung statt auf Integration und sie ist auch sonst, wenn man ihr Programm anschaut, vor allem eine Partei, die nach hinten schaut. Alles soll wieder so werden, wie es gewesen ist. Das ist eine Partei, die einfache Lösungen für schwierige Probleme verspricht. Eine **Partei, die die Gewerbesteuer abschaffen und die Arbeitslosenversicherung privatisieren will** und die auch das Schuldprinzip bei der Ehescheidung wieder diskutiert. Die AfD ist im wahrsten Sinne des Wortes eine reaktionäre Partei. Sie fördert mit ihrer Politik die soziale Spaltung in unserem Land.

Diese Feststellung hilft aber noch nicht weiter. Es kann ja nicht alles richtig gewesen sein, was die anderen Parteien gemacht haben, sonst gäbe es andere Wahlergebnisse. Und vor allem muss es uns alle schmerzen, wenn Nichtwähler, um die wir uns Jahr um Jahr bemüht haben, zur Wahl gehen, um dann AfD zu wählen.

Diese Menschen gewinnen wir nicht zurück, wenn wir die AfD todschweigen oder sie mit der rhetorischen Brechstange bekämpfen. Wir müssen die politisch stellen und vor allem auf eine Frage zuspitzen: Wollen wir unsere Gesellschaft spalten oder zusammenhalten. Die Antwort der SPD ist eindeutig: Wir wollen unsere Gesellschaft zusammenhalten. Für uns ist nicht entscheidend, wo einer herkommt, sondern wo er hin will. Und ich bin absolut sicher: So sieht das auch eine überragende Mehrheit in unserer Gesellschaft.

Gerade in den letzten Monaten hat unser Staat Schwächen gezeigt, an denen wir arbeiten müssen. Aber gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können voller Selbstbewusstsein fragen: Welches Land auf der Welt ist eigentlich besser aufgestellt als unseres? Wo gibt es mehr Freiheit, mehr Demokratie und auch mehr Wohlstand? Warum hat sich das Ansehen Deutschlands in der Welt über die Jahre so grundlegend verändert und zwar weitgehend zum Guten?

Das sind alles auch unsere Erfolge.

Ohne jede Anmaßung, aber auch voller Selbstbewusstsein können wir darauf verweisen. Wir stehen aus Überzeugung und mit Leidenschaft für unser Gemeinwesen, wir werben dafür und wir verteidigen es gegen Angriffe von rechts!

Deswegen sind das NPD-Verbotsverfahren und die Wiedereinführung einer Landeszentrale für politische Bildung zwei Seiten einer Medaille. Ein Verbot der NPD ist für mich heute noch wichtiger als noch vor einigen Jahren! Und die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung war ein schwerer Fehler von Schwarz-Gelb – wir brauchen nicht weniger politische Bildung, wir brauchen viel mehr davon! Wir setzen uns mit ganzer Kraft ein, wir fahren eine klare Kante gegen den Rechtsextremismus und wir werben aus Überzeugung und guten Gründen für den Staat des Grundgesetzes.

Anrede,

am 11. September sind Kommunalwahlen in Niedersachsen. Unsere Partei ist im ganzen Land gut verankert. Die Menschen, die für die SPD in unseren Städten, Kreisen und Gemeinden Verantwortung tragen, können selbstbewusst auf die eigenen Leistungen verweisen. Wir können unsere Haltung demonstrieren – selbstkritisch, aber auch selbstbewusst.

Es stimmt, die letzten Landtagswahlen waren zum Teil gelinde gesagt ernüchternd, zum anderen Teil aber auch das glatte Gegenteil. In Rheinland-Pfalz hat sich gezeigt, was wir auch bei den Landtagswahlen in Niedersachsen vor drei Jahren gesehen haben: Eine SPD, die geschlossen und entschlossen kämpft, die in der Gesellschaft verankert ist, eine solche SPD gewinnt Wahlen. Diese Möglichkeiten haben wir auch in Niedersachsen. Das ist unser Ziel. Lasst uns die Kommunalwahlen im September gewinnen!

Und dann folgen die nächsten Schritte: Im Jahr 2017 werden die Bundestagswahlen sein und wenige Monate später bei uns in Niedersachsen die nächsten Landtagswahlen. Es liegt jede Menge Arbeit vor uns in den nächsten beiden Jahren.

Ich bin jetzt seit vier Jahren Landesvorsitzender. Ich glaube, ich kenne die SPD in Niedersachsen ziemlich gut.

Wir sind nach wie vor eine Volkspartei – in der Gesellschaft verankert und mit beiden Beinen auf dem Erdboden. Das ist vor allem der Verdienst der tausend ehrenamtlichen Menschen, die für ihre Überzeugung arbeiten und das Gesicht der SPD vor Ort sind. Diesen Genossinnen und Genossen gebührt tiefer Dank und ich fühle mich ihnen und Euch persönlich verbunden.

Dass es so um die SPD in Niedersachsen bestellt ist, ist aber auch Verdienst der Hauptamtlichen, innerhalb der SPD oder als Mandatsträger. Stellvertretend erlaubt mir einfach einmal unsere Landesgeschäftsstelle zu erwähnen, Detlef Tanke, Schorsch Brockmeyer und sein Team. Da liegen auf sehr wenigen Schultern sehr viele Aufgaben und sehr viel Verantwortung. Herzlichen Dank dafür!

Wir haben in den vergangen beiden Jahren viel geschafft. In den nächsten beiden Jahren liegt jede Menge vor uns. Da kommt es neben allem anderen vor allem auch auf die Motivation und auf die gute Stimmung in unserer Partei an. Je länger ich jetzt an der Spitze unserer Partei in Niedersachsen arbeite, desto stärker bin ich von dem Sinn unserer politischen Arbeit überzeugt. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Eine starke SPD, eine klare SPD, eine offene SPD ist gut für die Menschen in unserer Gesellschaft. Und wir sind ein guter Teil dieser Gesellschaft!

Unsere gemeinsame Arbeit ist eine Sache der Überzeugung. Aber das alleine ist es ja nicht und deswegen will ich mit einer persönlichen Bemerkung schließen: Ich habe bei vielen Angelegenheiten immer wieder festgestellt, dass die Mitglieder unserer Landtagsfraktion, unserer Landesregierung und auch ich persönlich von vielen Menschen in der SPD nicht nur pflichtschuldigst, sondern auch ganz emotional getragen werden. Das tut immer wieder richtig gut und auch dafür möchte ich mich bei dieser Gelegenheit herzlich bedanken.

Lasst uns so weitermachen mit noch mehr Motivation und noch mehr Elan, geschlossen und entschlossen. Wenn ihr mögt: Ich bin dazu bereit.

Ich bedanke mich herzlich für Eure Aufmerksamkeit.